



Ausschuss für Europa und Internationales

47. Sitzung (öffentlich)

12. November 2021

Düsseldorf – Haus des Landtags

9:30 Uhr bis 12:30 Uhr

Vorsitz: Dietmar Brockes (FDP)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug

Verhandlungspunkte und Ergebnisse:

Vor Eintritt in die Tagesordnung	5
1 75 Jahre Nordrhein-Westfalen – 75 Jahre Friendship zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich	6
Gast: Rafe Courage, Britischer Generalkonsul in Düsseldorf	
– Wortbeiträge	
2 Die Arbeit des Büros des Landes Nordrhein-Westfalen für Wirtschaft, Wissenschaft, Bildung, Jugend und Kultur in Israel	19
Gast: Dr. Gil Yaron (per Video), Leiter des NRW-Büros in Israel	

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2022) 37

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5713
Vorlage 17/5889
Vorlage 17/5918

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700 unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

4 NRW stellt sich seiner internationalen menschenrechtlichen Verantwortung – durch antidemokratische Regime bedrohte Menschen schützen! 42

Antrag
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/12049

Ausschussprotokoll 17/1531 (Anhörung vom 03.09.2021)

– wird nicht behandelt

5 Austausch schafft Freundschaft und Verständnis – ein Stipendienwerk/-programm zur Aufrechterhaltung der Austauschbeziehungen zwischen Nordrhein-Westfalen und dem Vereinigten Königreich 43

Antrag
der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP
Drucksache 17/13411

Ausschussprotokoll 17/1579 (Anhörung vom 01.10.2021)

– Wortbeiträge

Der Ausschuss stimmt dem Antrag der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion Drucksache 17/13411 einstimmig zu.

- 6 Grenzüberschreitender Hochwasser- und Katastrophenschutz** (*Bericht beantragt von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN*) **46**
- Vorlage 17/5797
Vorlage 17/5947
- Wortbeiträge
- 7 Gute Arbeit auf digitalen Plattformen – Keine Chance für Billiglöhne und Sozialdumping!** **51**
- Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 17/13778
- Ausschussprotokoll 17/1565
- Wortbeiträge
- Der Ausschuss lehnt den Antrag der SPD-Fraktion Drucksache 17/13778 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, FDP und AfD gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab.
- 8 Verschiedenes** **54**
- Europäischer Bürgerdialog** **54**

3 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2022)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/14700

Vorlage 17/5713
Vorlage 17/5889
Vorlage 17/5918

Einzelplan 02 – Staatskanzlei (Zuständigkeitsbereich des Ausschusses)

Vorsitzender Dietmar Brockes hält fest, heute müsse der Ausschuss den Haushalt 2022 abschließend beraten. Änderungsanträge lägen bis dato nicht vor.

Oliver Krauß (CDU) bedankt sich bei der Landesregierung für den vorgelegten Haushaltsentwurf, den seine Fraktion ausdrücklich begrüße. Gerade in schwierigen, herausfordernden Zeiten sehe man, dass die richtigen Schwerpunkte gesetzt würden. Der Gesamtansatz 2022 für Europa und Internationale Angelegenheiten weise gegenüber 2021 ein Mehr von rund 370.000 Euro auf. Das möge im Vergleich zum Vorjahr ein etwas geringeres Wachstum sein, sei aber im Vergleich zu anderen Ressorts auch ein Anstieg. Das müsse man sich vergegenwärtigen. Der Minister habe es auch in dem vorgelegten Bericht erwähnt.

Als die NRW-Koalition im Sommer 2017 die Geschäfte übernommen habe, habe sich der Gesamthaushalt für den Bereich Europa auf rund 1,6 Millionen Euro belaufen, der Haushalt für Internationale Angelegenheiten auf rund 6,0 Millionen Euro. Seitdem habe es einen sukzessiven Anstieg auf rund 4 Millionen Euro für den Europabereich und auf rund 11 Millionen Euro für den internationalen Bereich gegeben. Damit werde klar die Bedeutung unterstrichen, die diese Landesregierung der europäischen internationalen Zusammenarbeit beimesse.

Im Haushaltsentwurf seien zusätzliche Mittel für Europaaktivitäten des Landes und die Pflege der europäischen Beziehungen vorgesehen mit einem Plus von 150.000 Euro. Darunter falle auch die auf Initiative der Koalitionsfraktionen hin geplante Partnerschaft mit der Region Piemont in Italien. Es sei der NRW-Koalition ein großes Anliegen, die internationalen Partnerschaften zu pflegen und womöglich weiter auszubauen, aber auch neue Partnerschaften einzugehen. Piemont sei ein hervorragendes Beispiel.

Vor wenigen Minuten habe der Ausschuss Gelegenheit gehabt, sich mit Dr. Yaron, dem Leiter des NRW-Büros in Israel, auszutauschen. Die Aktivitäten NRWs in Tel Aviv würden die Präsenz des Landes stärken und würden auch im kommenden Jahr einen wichtigen Schwerpunkt der internationalen Aktivitäten darstellen.

Ein weiterer Gast heute sei Rafe Courage. Dieses Jahr würden 75 Jahre Beziehungen zum Vereinigten Königreich, 75 Jahre Friendship, gefeiert. Daher begrüße seine Fraktion ausdrücklich, dass auch im Haushaltsentwurf zusätzliche Maßnahmen, die in Zusammenhang mit dem Brexit stünden, insbesondere zur Abmilderung der Folgen

sowie der Schülerinnen- und Schüleraustausche mit dem Vereinigten Königreich finanziert werden sollten.

Es sei erfreulich, dass das europäische Engagement der Kommunen und der Zivilgesellschaft NRW weiter gewürdigt werde. Da werde Europa vor Ort gelebt. Auszeichnungen wie die „Europaaktive Kommune“, die „Europaaktive Zivilgesellschaft“ und die Programme „Europa bei uns Zuhause“, „Europa erleben und lernen“, den Foto- und Kurzfilmwettbewerb „EuroVisions“ und „NRW debattiert Europa“ machten das deutlich.

NRW werde weiter als ein Standort für europäische und internationale Politik gestärkt. In diesem Zusammenhang sei es erfreulich, dass auch die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, gerade auf Ebene der Bundesstaaten, weiter vertieft werden sollten. Die Zusammenarbeit mit dem US-Bundesstaat Pennsylvania werde wieder aufgenommen. So solle noch in diesem Jahr eine gemeinsame Absichtserklärung verabschiedet werden. Ebenso mit dem US-Bundesstaat New Jersey und der kanadischen Provinz British Columbia gebe es Gespräche über eine Kooperation. Das seien aus Sicht seiner Fraktion starke positive Signale, die begrüßt würden.

Schließlich begrüße er, dass Projekte, welche die internationale Zusammenarbeit und die Entwicklungspolitik des Landes stärken würden, weiterhin gefördert würden. Für das international ausgerichtete Bundesland mitten im Herzen von Europa sei das sicher ein gutes Zeichen. Dem Haushaltsentwurf werde seine Fraktion daher zustimmen.

Sebastian Watermeier (SPD) kündigt an, dass seine Fraktion mit Ablehnung votieren werde. Er wolle das in einigen Punkten begründen. Aus Sicht der SPD-Fraktion halte der Haushalt in einigen Punkten die Ambitionen, die Kollege Kraus gerade beschrieben habe, nicht ein. Beispielsweise finde man in dem Titel „Zuschüsse für Projekte einschließlich des Regionalen Weimarer Dreiecks“ eine Kürzung der Zuschüsse um 45.000 Euro für 2022. Das sei angesichts der Diskussionen in Europa und der Wichtigkeit der regionalen Zusammenarbeit aus Sicht seiner Fraktion ein politisch falsches Signal. Wichtig wäre es, die Mittel hier mindestens konstant zu halten oder unter dem Eindruck weiter wachsender Herausforderungen insbesondere in der Zusammenarbeit der Regionen im Hochschulbereich, aber auch für die zukünftige Kontaktpflege im Nachgang des Brexit stärker auszubauen.

Im Titel „Internationale Angelegenheiten, Ausgaben für die Pflege der Auslandsbeziehungen des Landes Nordrhein-Westfalen für das Büro des Landes Nordrhein-Westfalen in Israel“ würden für 2022 150.000 Euro weniger veranschlagt, die seien haushaltsneutral in einen anderen Titel umgeschichtet worden, nämlich zugunsten des Titels „Zuschüsse für Projekte im In- und Ausland, darunter auch Projekte zwischen Israel und NRW“. Die Stoßrichtung sei sicherlich die gleiche. Es sei hier aber so, dass die allgemeine Förderung und die Förderung von Einzelprojekten in diesem Haushalt quasi als korrespondierende Röhren betrachtet würden. Das sei aus seiner Sicht das falsche Signal. Eine allgemeine Förderung dürfe nicht zugunsten einer Förderung von Einzelprojekten erfolgen.

Die Zuschüsse an die Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit, die GIZ, müssten eigentlich aus Sicht seiner Fraktion erhöht werden.

Ein letzter Punkt, der die Ablehnung begründe: Es habe Schlagzeilen gemacht, dass die Landesregion die Bewerbung des Ruhrgebiets als UNESCO-Welterbe abschlägig beschieden habe und im Prinzip entschieden habe, dass diese Bewerbung in der nächsten Bewerbungsrunde gestellt werden solle, um bessere Erfolgsaussichten zu haben. Wer das so entscheide zum Leidwesen derjenigen, die sich sehr um diese Bewerbung bemüht hätten, der müsse aus seiner Sicht dafür sorgen, dass diese Bewerbung beim nächsten Mal auch höhere Erfolgsaussichten habe. Dementsprechend hätte man einen Haushaltstitel zur Begleitung und Verbesserung der Bewerbung schaffen müssen.

Franziska Müller-Rech (FDP) merkt an, sie sei sonst nicht Mitglied in diesem Ausschuss. Sie werde es kurzhalten, wolle aber drei Schwerpunkte hervorheben, die für ihre Fraktion in diesem Haushalt sehr wichtig seien. Man habe nicht nur am heutigen Tag gehört, wie wichtig die verbesserte Zusammenarbeit und das Zusammenleben sei. Zunächst hebe sie die europäische Zusammenarbeit hervor mit all den Projekten in Benelux, im Vereinigten Königreich – dazu habe der Ausschuss heute viel gehört –, aber auch in Frankreich, in der Region Haute de France, in Polen, in Schlesien und in Italien, das Piemont. Sie befürworte da auch aus ihrer anderen Rolle als schulpolitische Sprecherin insbesondere, dass der Fokus auf junge Menschen und den Austausch, der sich in Zukunft weiter verfestigen werde, gelegt werde. Wer schon als junger Mensch Kontakte zu anderen Nationen knüpfe, der profitiere davon ein ganzes Leben lang. Auch das habe der Ausschuss heute an mehreren Stellen gehört.

Der zweite Fokus sei außerhalb von Europa zu sehen, die Partnerschaften NRWs mit anderen Nationen, insbesondere auch Ghana sei hervorzuheben. Auch dort werde der Fokus auf die jungen Menschen gelegt, die man dort unterstützen könne. Über Israel müsse man heute so gut wie gar nichts mehr sagen. Es sei sehr eindrucksvoll, was man gehört habe, was die NRW-Aktivitäten angehe. Auch die neue Partnerschaft mit Nordmazedonien wolle sie nennen.

Als Bonnerin freue sie sich insbesondere über die Stärkung des internationalen Standorts Bonn. Bekannt sei, dass der Transit der Bundesstadt Bonn als alte Hauptstadt in eine neue Zukunft eine große Herausforderung für die Stadt und die Region gewesen sei. Aber die Region meistere sie gerade. Bonn habe mit dem UN-Standort dort, dem Hauptquartier des Klimaschutzsekretariats UNFCCC die Stadt sehr gut international aufgestellt. Sie freue sich, dass das Land NRW Bonn dabei unterstütze, als Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit und Internationale Politik auch hier in NRW ein wichtiges Zeichen für die Weiterentwicklung des Landes zu setzen.

Als Beispiel nenne sie die Nordrhein-Westfälische Akademie für Internationale Politik, den neuen Standort des Europäischen Zentrums für mittelfristige Wettervorhersage. Auch mit der Sicherung des Sitzes des Internationalen Paralympischen Komitees habe man weit über die Region Bonn und Rhein-Sieg hinaus wichtige Entscheidungen für die Weiterentwicklung von Nordrhein-Westfalen und seiner internationalen Ausrichtung getroffen.

Zusammenfassend: Mit dem vorliegenden Einzelplan würden gezielt richtige und wichtige Weichenstellungen vorgenommen, um die Bürgerinnen und Bürger für Europa und die internationale Zusammenarbeit zu begeistern, die Auslandsbeziehungen sinnvoll weiterzuentwickeln und zu vertiefen. Es gebe vielversprechende Projekte, auch um die Sichtbarkeit NRWs im Ausland maßgeblich zu unterstützen, zu erhöhen. Sie bedanke sich im Namen ihrer Fraktion für diesen Aufschlag.

Johannes Remmel (GRÜNE) möchte etwas anders an das Thema herangehen, nachdem Kollege Krauß eine Bilanzierung fast über die ganze Legislatur aufgeblättert habe. Die Relation müsse man insofern herstellen. Er werde mit Sicherheit auch für die Plenardebatte aufbereiten, wie in anderen Ressorts die Aufwüchse sowohl von den konkreten Beträgen her bis hin zu den Prozentzahlen aussähen. Er wolle sich positiv zu dem verhalten, was im Haushalt stehe. Das heiße nicht, dass er dem Haushalt zustimme, keineswegs.

Er würde – das habe seine Fraktion die ganze Zeit getan – die finanzierten Projekte und Themen unterstützen. Das sei nicht die Frage. Die Frage sei, wenn man dauernd von Intensivierung und Ausweitung spreche – so stehe es jedenfalls in den Texten, die zum Haushalt zur Verfügung gestellt worden seien, auch in der Rede des Ministers –, und dann schaue, wo Intensivierung und Ausweitung stattfinde, dann stelle man fest, das Wort sei sehr groß, aber die Tat sehr klein. Die Kritik seiner Fraktion betreffe nicht unbedingt die Frage der Schwerpunktsetzung, sondern die Frage der Realisierung von dem, was man ankündige, und dem, was hinten beim Geld herauskomme.

Wenn man – das wollten alle gemeinsam – die Beziehungen zum Piemont anschieben wolle, wenn man die europäische Bildungsarbeit unterstützen wolle, dann müsse man da auch Butter bei die Fische tun, da mehr tun. Seine Fraktion schlage vor – aufgrund der Zeitläufe werde das erst zur abschließenden Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses so sein –, den Bereich der schulischen Europabildung auch in Richtung Weiterbildung, insbesondere Volkshochschulen, zu erweitern. Seine Fraktion schlage vor, viel stärker die Zivilgesellschaft – das sei in dem Antrag angekündigt worden – bei der Frage Konferenz der Zukunft Europas zu unterstützen.

Er sehe eine deutliche Leerstelle bei der Begleitung der Städtepartnerschaften, insbesondere in den wichtigen Zukunftsfragen Europa, Klimaschutz und ökonomischer Austausch, aber auch in Menschenrechtsfragen. Auch das habe seine Fraktion mit Anträgen unterstrichen. Hier fehle das, was unter Intensivierung und Ausweitung angekündigt werde, zu konkretisieren. Er bitte, die Ablehnung des Haushaltes nicht als Kritik dessen, was monetär an Projekten finanziert werde, zu verstehen, sondern als Kritik an der Leerstelle, wenn es um Intensivierung und Ausweitung gehe.

Sven Werner Tritschler (AfD) gibt an, die Kritik seiner Fraktion dürfe man auch als Kritik verstehen. Die Änderungsanträge kämen noch ins Plenum. Die AfD-Fraktion habe seit Jahren die Förderung und Subventionierung der Lobbyorganisationen, insbesondere der parteipolitischen Lobbyorganisation „Europaunion“ kritisiert. Geradezu absurd finde er den Titel „Förderung der Europafähigkeit“. Da müsse man sich fragen, wie man all die Jahrzehnte europafähig gewesen sei, bevor die Landesregierung das

gefördert habe. Wenn da jemand Nachhilfe brauche, sei es vielleicht ein Europaminister, der Haltungsnoten an die Nachbarn und Freunde in Polen und anderswo erteile, lustigerweise auch noch in seinen eigenen Zeitungen. Deswegen werde seine Fraktion den Haushaltsentwurf mit voller Überzeugung ablehnen.

Der Ausschuss stimmt dem Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/14700 unverändert mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und AfD zu.

